LTWP-5-044 5. Starke Familien – Beteiligte Jugend

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft & Finanzen
Beschlussdatum: 29.10.2020

Text

Von Zeile 44 bis 46:
~~Es soll selbstverständlich sein, auch von zu Hause arbeiten zu können, um Arbeit und Familie besser unter einen Hut zu bekommen. Wenn keine wichtigen Gründe dagegensprechen sollen Arbeitnehmer*innen ein Recht auf Homeoffice haben.~~

Es soll selbstverständlicher werden, auch von mobil zu arbeiten. Um die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie zu gewährleisten, sollen die Möglichkeiten von zuhause oder unterwegs zu arbeiten für Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen verbessert werden.

Begründung

Unternehmer*innen tragen Verantwortung für Arbeitsabläufe. Teamwork, Gesprächsrunden oder das Beschaffen von Informationen und Arbeitsmaterialien gehören genauso zum Arbeitsalltag vieler Arbeitnehmer*innen wie die Arbeit am Computer. Und auch das Zusammensein mit Mitarbeiter*innen hat für ein mittelständisches Unternehmen einen hohen Wert.

Die Kosten die mit der Einrichtung eines Arbeitsplatzes, unabhängig ob dieser Zuhause oder im Büro ist, sind hoch. Dazu zählen neben dem Computer die dafür erforderlichen Lizenzen, Schreibtisch, Stuhl und wie ist es mit (schnellem und immer bereiten) Internetzugang, Telefon. Hinzu kommen Versicherungen, etc. Zudem kommt hinzu, dass die Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz auch für einen Heimarbeitsplatz gilt.

Schließlich kommt die Datenschutzfrage, die in vielen Fällen für die/den Arbeitgeber*in mit hohem Kostenaufwand verbunden ist.

Die Corona-Pandemie hier viel in Bewegung gesetzt. Warum sollen wir diese Bewegung gleich regulieren? Warum nicht erstmal die Entwicklungen abwarten. Denn es gibt auch viele Bereiche in denen mobile Arbeitsplätze ganz im Sinne von Arbeitgeber*in und Arbeitnehmer*in sind und vollkommen von selbst eingerichtet werden können.

Wir werden in den kommenden Jahren eine erhebliche Belastung der Wirtschaft und des Mittelstandes haben, um die Klimaziele zu erreichen. Zudem haben wir derzeit eine aufgrund der Pandemie sehr instabile Wirtschaft und es ist noch nicht absehbar, wie diese sich in Zukunft entwickelt. Der Rechtsanspruch würde aber vor allem KMU treffen und eben nicht große Unternehmen.